

Sandra Stadler
Die Mitte/EVP
Mattenhofstrasse
8594 Güttingen

Roland Wyss
Die Mitte/EVP
Oberstadtstrasse 6
8500 Frauenfeld

EINGANG GR <i>7. Juni 2023</i>		
GRG Nr.	<i>20</i>	<i>EA 2-12 516</i>

Patrick Siegenthaler
Die Mitte/EVP
Steckbornerstrasse 28a
8535 Herdern

Peter Bühler
Die Mitte/EVP
Herrenwiesstrasse 6a
8356 Ettenhausen

Einfache Anfrage

„OECD – Geld für bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Bildung – für eine Stärkung der Thurgauer Wirtschaft“

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch werden die zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Erhöhung der OECD-Steuer sein?
2. Welchen Massnahmenmix in Bezug zu den OECD-Steuereinnahmen sieht die Regierung des Kantons Thurgau vor, um die Standortattraktivität für Unternehmen zu verbessern?
3. Sind die Gemeinden in dieser Erarbeitung eingebunden?
4. Ist die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit Teil des Mixes für die langfristige Standortattraktivität? Wie sehen die geplanten Massnahmen aus?
5. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit mehr Menschen mit einer Berufslehre eine höhere Berufsbildung auf Tertiärstufe verfolgen?
6. Welche weiteren Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, um Menschen mit besonderen Bedürfnissen in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren? Denn auch diese haben für die Wirtschaft ein Potenzial.
7. Welchen prozentualen Gesamtanteil an den Steuermehreinnahmen sollen die Standortattraktivität und die bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Bildung betragen? Was soll mit dem anderen Anteil an Mehreinnahmen unterstützt und/oder gefördert werden?

Begründung

Am 18. Juni 2023 stimmt das Volk über die OECD-Mindestbesteuerung ab. Die vorgeschlagene «Ergänzungssteuer» wird auch im Thurgau zu Mehreinnahmen führen. Die Mittel sollen zweckgebunden für die Standortattraktivität eingesetzt werden. Ein wichtiges Anliegen der Interpellanten ist, dass Massnahmen gegen den Fachkräftemangel unternommen werden. Die Fragestellenden sehen diesbezüglich in drei Bereichen sehr hohes Potenzial.

- In der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit: Bedürfnisgerechte Tagesstrukturen für Unternehmen und Familien sind für die Gesellschaft elementar. Dank ihnen können Eltern weiterhin aktiv am Berufsleben teilnehmen. Das wirkt sich ebenso positiv auf den Fachkräftemangel aus. Diese dürfen den Lohn nicht aufbrauchen!
- Das Potenzial bei Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen, mit Migrationshintergrund, Teilzeitarbeitenden, Studierenden, sowie ältere Personen muss mit effizienten Massnahmen ausgeschöpft werden!
- Die höhere Berufsbildung ist auf der Tertiärstufe angesiedelt. Sie ermöglicht namentlich Berufsleuten mit abgeschlossener beruflicher Grundbildung eine Spezialisierung und ein Vertiefen des Fachwissens. Hier wäre hohes Potenzial, den 60% der Jugendlichen absolvieren eine Lehre. Dieser Bildungsweg ist für die betroffenen Personen deutlich kostenintensiver als der akademische Weg. Unternehmen und Staat setzen als Führungskräfte lieber Abgängerinnen und Abgänger von der höheren Berufsbildung ein. Es lohnt

sich deshalb definitiv die höhere Berufsbildung auf der Tertiärstufe finanziell sowie und ideell lukrativer zu gestalten! Unternehmen, welche die höhere Berufsbildung aktiv unterstützen gehören genau so entlastet wie die betroffenen Personen selber.

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Fragen gedankt.

Frauenfeld, 7. Juni 2023



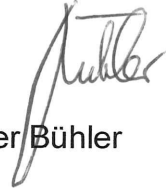
Sandra Stadler



Patrick Siegenthaler



Roland Wyss



Peter Bühler